Winter 2017
FCG-Magazin 04/2017 | P.b.b. GZ 10Z038725M
Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1080 Wien
Österreichische Post AG

vorrangmensch

Magazin der Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ÖGB



Komm, Neues Jahr,
und bring uns Gottes Segen
und Kraft, die Lieb'
und Einigkeit zu pflegen."

(Pierre Baron de Coubertin (1863 - 1937)

©bystudio - stock.adobe.com

FCG

www.fcg.at










UNSER LAND IN GUTER HAND

Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen in der

GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

göd.fcg

www.goedfcg.at

© Andi Bruckner


© Andi Bruckner

Dr. Norbert Schnedl
Bundesvorsitzender der FCG
Vizepräsident des ÖGB

Gemeinsam durch ein erfolgreiches Jahr!

Für die Christenheit bedeutet Advent, sich auf das Fest der Geburt Jesu Christi vorzubereiten. Advent ist auch die Zeit, zurückzublicken auf das bald vergangene Jahr. Es ist die Zeit, innezuhalten und Tempo rauszunehmen. Es ist die Zeit der Besinnung und die Zeit, Kraft zu schöpfen.

Das Jahr 2017 war geprägt von der **Nationalratswahl**. Im Oktober waren die Österreicherinnen und Österreicher aufgerufen, zur Urne zu schreiten und einen neuen Nationalrat zu wählen. Sebastian Kurz und die Österreichische Volkspartei wurden bei dieser Wahl erster und vom Bundespräsidenten mit der Bildung einer neuen Bundesregierung betraut. Derzeit laufen die Koalitionsverhandlungen auf Hochtouren und auch für die künftige Bundesregierung gilt: **Wir werden sie daran messen, was sie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tut.**

In den letzten Monaten und Wochen geriet die **Sozialpartnerschaft in Kritik**. Wir stehen felsenfest zum erprobten und bewährten Modell der österreichischen Sozialpartnerschaft. Gerade im internationalen Vergleich können wir immer wieder feststellen, wie erfolgreich unser Modell ist. Die Sozialpartnerschaft bedeutet breite politische Teilhabe und ist somit Fundament der österreichischen Konsensdemokratie. Daher kommt von der FCG **ein klares „NEIN" zur Schwächung der Sozialpartnerschaft**.

Auch unsere **Internationale Arbeit**, die 29. Konferenz für Gewerkschaftliche Zusammenarbeit in Europa (KGZE) in Tirana sowie ein Seminar für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus ganz Europa in Wien, war sehr erfolgreich.

Genau in so bewegten Zeiten ist unsere **werteorientierte Politik** im Sinne der christlichen Soziallehre notwendig. Denn die anstehenden Herausforderungen sind nur gemeinsam mit Solidarität zu bewältigen. Die Erfolge bei Belegschaftsvertretungswahlen zeigen uns, dass diese Politik die richtige ist. Ein **herzliches Dankeschön an alle** für das große Engagement und den großen Einsatz das ganze Jahr über!

Ich wünsche ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr! ■


© Weinwurm

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das Jahr 2017 geht schön langsam zu Ende und es war ein bewegtes Jahr. Neben der Nationalratswahl prägte die Diskussion rund um die Sozialpartnerschaft sowie die mögliche Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in den Kammern die letzten Wochen und Monate. Die FCG hat hier mehrmals ein klares Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft und zur Pflichtmitgliedschaft in den Kammern abgegeben. Wir sind Weltmeister des „Sozialen Dialogs" und das soll sich auch künftig nicht ändern.

Bevor wir Ihnen gesegnete Weihnachten wünschen, möchte ich Ihnen noch etwas in eigener Sache mitteilen. Ich werde mich nach über 11 Jahren als Chefredakteurin des FCG-Magazins und als Pressesprecherin der FCG beruflich verändern und eine neue Herausforderung annehmen. Ich verabschiede mich damit mit dieser Ausgabe des Magazins von Ihnen. Es war mir immer eine Freude und Ehre, für Sie zu schreiben.

In diesem Sinne wünsche ich eine spannende Lektüre des Magazins, ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2018.

Anne Rothleitner

Ein Kommentar von Alfred Zankanella

Advent: Herbergssuche neu

Wir erleben einen politischen Advent. Zumindest die Erwartungen sind ähnlich: Neugeburt der Regierungspolitik. Statt Schwarz-Sehen Republik in Türkis. Viel Neues, junge Hoffnung. Also fast adventlich.

In meiner Kindheit (Nachkriegszeit um 1950) gingen wir Ministranten „anglöckeln". Es war Tradition: Ein Adventlied, ein Gedicht – und als Lohn dafür ein Lebkuchen. Ein Butterbrot aus der Hand der Bäuerin war ein Höhepunkt. Dabei stand das Butterbrot vielleicht noch vor dem religiösen Gehalt der Herbergssuche von Maria und Josef.

Politik neu: eine Weihnachtsgeschichte

Schon im damaligen Advent galt, so das Evangelium: Wer sich's leisten konnte, wohnte beim Wirt in der warmen Stube. Bestellung früh, Bezahlung sicher. Daher auch freundlicher Empfang. Die Familie des Josef von Nazareth hatte Pech: Keine frühe Buchung, kein Geld: Logischerweise daher – trotz Schwangerschaft und Wehen – kein Platz: „Sie wickelte ihn in Windeln und legte ihn in eine Krippe, weil in der Herberge kein Platz für sie war" (Lk 2,7).

Der gegenwärtige politische Advent beginnt – auch Josef musste sich in die Steuerlisten eintragen – scheinbar auch mit Geld: Kassasturz, Einsparungen und Kürzungen als Begründung für Veränderungen im Aufbau der Zivilgesellschaft. Krankenversicherung „streamlinen" (Abschaffung der Selbstverwaltung, Zusammenlegung, „Schlankheitskur"). Neuer, geringerer Stellenwert der Sozialpartnerschaft. Abschaffung der „Zwangsmitgliedschaft" bei Arbeiter-, Landwirtschafts- und Wirtschaftskammer. Damit Verringerung des Vertretungsanspruchs und Reduzierung der Möglichkeit zu Kollektivverträgen. Die Konsequenz: Schwächung der Position der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Und am anderen Ende der Gesellschaft: Vermögenssteuer? Bisher ein klares Nein!

Was steht am Spiel?

Die Sozialpartnerschaft und die Selbstverwaltung der Sozialeinrichtungen durch ihre Mitglieder sind Errungenschaften, die in 120 Jahren sozialen Ringens erkämpft wurden. Sie brachten eine Besserstellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sind wesentlicher Bestandteil des „sozialen Kapitals", das seit der Enzyklika „Rerum Novarum" geschaffen wurde. Diese Struktur sichert durch die Sozialpartnerschaft österreichischer Prägung den sozialen Frieden. Sie hat Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aber auch der Wirtschaft tausende Streikstunden erspart. Und sie wird einem christlichen Menschenbild gerecht: Arbeit ist nicht nur Produktionsmittel, sondern Leistung von Personen, also von Menschen.

Dieses Prinzip der Personalität fordert eine grundsätzliche Haltung der Politik: Der Mensch steht im Mittelpunkt. Das gilt in jeder Regierungsperiode. Dem gegenüber ist die Solidarität der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Recht und Pflicht zugleich. Sie gibt uns das Recht zu gemeinsamen Aktionen und fordert unser Engagement in der Wirtschaft. Die Subsidiarität begründet die Eigenständigkeit und Entscheidungsfreiheit der einzelnen Gesellschaftsgruppen. Sie wird nur durch das Gemeinwohl eingegrenzt.

Herbergssuche neu

Wir werden sehen, wie es „weihnachtet". Auch jetzt geht es eigentlich nicht um Parteien oder um Gesetze und Vorschriften, die Erwerb, Eigentum und soziale Sicherheit reglementieren. Es geht um den Menschen, um alle Menschen einer Gesellschaft. Für uns Christen gilt dabei auch die Option für die Armen: besondere Fürsorge für jene, die es am nötigsten brauchen. Daher engagieren wir uns.

Es war kein Platz in der Herberge. Weinachten erinnert daran, dass jeder Mensch die Würde eines Gotteskindes hat. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Einheimische und Fremde, Menschen in jeder Form von Beschäftigung und Erwerb: Keiner und keine sollte im Stall landen, um das Los von Rindvieh und Lastesel zu teilen.

Gesegnete Weihnachten. Gottes Schutz und Segen soll Euch und Eure Familien im neuen Jahr begleiten. ■

Alfred Zankanella



Ein Kommentar von Eckehard Quin

Kranke(n)kassen

Die SPÖ hat es gefordert, ÖVP, FPÖ und NEOS wollen es jedenfalls noch immer: die Zusammenlegung der Sozialversicherungen. In der Verwaltung seien enorme Summen einzusparen, für die Versicherten müsse die Leistung „harmonisiert“ werden – und fast alle applaudieren.



Die Angleichung der verschiedenen Systeme auf dem jeweils niedrigsten Niveau kann nicht Zukunft der Gesundheitspolitik sein.

In Österreich gibt es 19 Krankenversicherungsträger, die im Schnitt 442.000 Anspruchsberechtigte betreuen. Hinzu kommen noch 15 Krankenfürsorgeanstalten mit rund 200.000 Anspruchsberechtigten, die aber keine Sozialversicherungsträger sind. In der gerne als Vorbild herangezogenen Schweiz gibt es 60 KV-Träger, in Deutschland gar 132. Die Verwaltungskosten in Prozent der Einnahmen betragen in Österreich keine drei Prozent, in der Schweiz und in Deutschland sind es fast fünf Prozent. Die Verwaltungskosten je Anspruchsberechtigten zeigen einen noch krasseren Gegensatz. Sie sind in den beiden genannten Nachbarländern fast dreimal so hoch wie hierzulande. Fazit: In der Verwaltung der österreichischen KV-Träger sind wohl nicht die großen Summen einzusparen.

Was **„Harmonisierung“** bedeutet, müssten eigentlich alle durch die „Pensionsharmonisierung“ wissen – die Angleichung der verschiedenen Systeme auf dem jeweils niedrigsten Niveau. Ohne eine solche Art der „Leistungsharmonisierung“ kann eine Zusammenlegung von KV-Trägern auch keinerlei Einsparungen bringen, sondern – im Gegenteil – nur eine Kostensteigerung bewirken.

Die österreichische Bundesverfassung sieht die **Selbstverwaltung für die Sozialversicherung** vor. Selbstverwaltung bedeutet, dass der Staat Angelegenheiten, die normalerweise in seinen eigenen Aufgabenbereich fallen, jenen Personen überträgt, die daran ein unmittelbares Interesse haben. Bei den Krankenkassen sind das die Beitragszahlenden, also Arbeitnehmer sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber. Die Selbstverwaltungskörper handeln frei von staatlichen Weisungen, unterliegen aber der staatlichen Aufsicht und Kontrolle, etwa durch Ministerium oder Rechnungshof.

Die **Vorteile der Selbstverwaltung** liegen darin, dass die Entscheidungsträger die Bedürfnisse und Probleme der Versicherten und Dienstgeber bestens kennen. Als selbst Betroffene haben sie größtes Interesse daran, dass ihre Krankenversicherung leistungsstark bleibt, die Beiträge sparsam verwaltet und Entscheidungen rasch, unbürokratisch sowie versichertennah getroffen werden.

Die **Selbstverwaltung garantiert** daher eine kundennahe, praxisorientierte und unbürokratische Verwaltung, sie stärkt die Solidarität, da die Betroffenen an der Verwaltung beteiligt sind, sie stellt die Einbeziehung wichtiger gesellschaftlicher Kräfte sicher und entlastet die staatliche Verwaltung.

Eine **Zerstörung dieses Systems** ist nur durch eine Verfassungsmehrheit möglich, die aber im neuen Nationalrat dafür gegeben sein könnte. Bleibt nur zu hoffen, dass sich die am Donnerstag angelobten Abgeordneten der Worte des deutschen Physikers Max Steenbeck bewusst sind: „Grundlage jeder wahren Verantwortung und damit der höchsten Form von Menschenwürde bleibt es, sich darüber klar zu werden, was das, was man tut, wirklich bedeutet.“ ■

Der Arbeitsweg frisst 250 h pro Jahr

Laut dem am Mittwoch präsentierten Pendlerreport zählt die Steiermark mehr als 333.000 Pendlerinnen und Pendler. Mit neuen Initiativen will die Pendlerinitiative nun die Lebensbedingungen für Pendlerinnen und Pendler verbessern.



Die steirische Pendlerinitiative im Einsatz für bessere Bedingungen für die Pendlerinnen und Pendler

Die Arbeitswege haben sich nicht verkürzt. Noch immer legen steirische Pendlerinnen und Pendler eine durchschnittliche Distanz von 94 km pro Tag für den Arbeitsweg zurück. Vorsichtig gerechnet sind das im Jahr 250 Stunden. Dieser enormen Belastung will die Pendlerinitiative nun noch stärker entgegenwirken.

Initiativen wie „Mikro-ÖV" müssen gesetzt werden. Es gilt, neue Ideen umzusetzen. Mit dem GUSTmobil gibt es im Bezirk Graz-Umgebung ein System, das wie ein Anruf-Sammeltaxi funktioniert. 29 von 36 Gemeinden des Bezirks sind dabei. Das System fungiert als Zubringer zu Öffis über rund 1800 gekennzeichnete Sammelhaltepunkte. Pendlerinnen und Pendler können über eine App Daueraufträge einbuchen.

Der Vorsitzende der Pendlerinitiative Franz Gosch appellierte dabei auch an die Bildung von Fahrgemeinschaften über das GUSTmobil: „Wenn man sich zusammenredet und mehrere Personen eine Strecke fahren, wird's billiger."

Eine der Mobilitätslösungen ist auch die Bildung von selbst organisierten Fahrgemeinschaften. Unter www.mitfahrboerse.st gibt es aktuell mehr als 400 Angebote für Mitfahrgelegenheiten.

Studie über „Binnenpendler" in Arbeit

Auch in Graz pendeln täglich rund 80.000 Menschen – quer durch die Stadt. Die Pendlerinitiative unterstützt eine Studie der Fachhochschule des bfi Wien, in der die Belastungen des Arbeitsweges im städtischen Umfeld in Graz und Wien untersucht werden sollen. Mit dieser Studie sollen der Politik und der Verkehrsplanung bessere Daten in die Hand gegeben werden. Es ist notwendig, dass man in Graz aber auch in Wien mehr Querverbindungen anbietet. Gosch berichtet, dass viele Grazer sagen, sie würden gerne mit Öffis fahren, aber wenn man statt einer Viertelstunde mit dem Auto fast eine Stunde mit dem öffentlichen Verkehrsmittel brauche, dann ist das für viele nicht akzeptabel.

Silvia Mangel wird in der anonym durchgeführten Studie unter anderem den Zustand des Verkehrsnetzes abfragen, ausgewertet würden auch Fragen nach dem Fortbewegungsmittel, Alter und Geschlecht, Belastungsgründe durch den Umsteigeverkehr in der Stadt oder auch Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Bezug auf den Weg von und zur Arbeit. ■



ZEIT FÜR NEUES HEISST ES FÜR GERHILD GRIDLING vom Karl-Kummer-Institut, die ihren wohlverdienten Ruhestand antritt. Wir wünschen der guten und treuen Seele unseres befreundeten Instituts alles Gute für den neuen Lebensabschnitt. ■

Neue Vorsitzende der FCG Salzburg

Susanne Dittrich-Allerstorfer mit 99 Prozent gewählt

IM OKTOBER FAND DIE LANDESKONFERENZ DER FCG SALZBURG STATT. Über 100 Delegierte wählten Susanne Dittrich-Allerstorfer und ihr neues Team für die kommenden fünf Jahre. Dem langjährig wirkenden Landesvorsitzenden Johann Siller wurde für seine Tätigkeit und seinen Einsatz großes Lob und Dankbarkeit ausgesprochen.

Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer begrüßte die Delegierten im Namen des Landes Salzburg und sprach sich leidenschaftlich für eine christlich-soziale Politik aus. Bundesvorsitzender Norbert Schnedl sprach das Thema der Technologisierung und Digitalisierung genauso an, wie auch die Mobilität der Beschäftigten. Die Landeskonferenz beschloss eine Reihe von richtungweisenden Anträgen zu den Themen Arbeitszeitflexibilisierung, Chancengleichheit für Frauen, Öffentlicher Dienst neu, Erbschaftsteuer und kilometerabhängiger Maut um nur einigen zu nennen. Ebenso wurde eine Resolution beruhend auf einenm rechtswissenschaftlichen Fachgutachten von Öhlinger/Lachmayer bezüglich der österreichischen Sozialversicherungen beschlossen. ■



Der neu gewählte FCG-Vorstand Salzburg von links nach rechts: Harald Kindermann (GPA-djp), Kurt Friedl (GPF), Peter Ottmann (Landessekretär), Susanne Dittrich-Allerstorfer (Vorsitzende), Rupert Langegger (Kontrolle), Rainer Schmidhuber (GPA-djp), Helmut Kendlbacher (GBH), Gerhard Schnugg (Kontrolle Ersatz), Andreas Rager (GÖD), Walburga Rauch (Younion), Alexandra Magnes (FCG-Büro), nicht im Bild: Herbert Kreuzberger (PROGE)



Bundesvorsitzender Norbert Schnedl forderte eine allumfassende Mitwirkung in allen gesellschaftspolitischen Themen ein. Gewerkschaften dürfen nicht auf Kollektivvertrags- und Gehaltsverhandlungen reduziert werden.

Geht's auch ohne Quote?

DAS IST EINE GUTE FRAGE, denn Frauen und Männer sind – wenn auch im naturell sehr unterschiedlich – in Wert und Würde gleich. Dennoch wird das Thema Frauenquote sehr kontrovers diskutiert. Natürlich wäre es viel besser, wir würden keine Quotenregelungen benötigen und allein die Fähigkeiten und Qualifikationen der Frauen würden reichen, um ihnen den Zugang zu Führungspositionen oder anderen Positionen und in Gremien zu eröffnen. Die Realität sieht, wie wir alle wissen, ganz anders aus. Bekennt sich eine Organisation zur Chancengleichheit, dann ist der Einsatz einer wirksamen Quotenregelung zurzeit nach wie vor der einzige Weg um diese zu erreichen. **Warum brauchen wir eine Quote?** Frauen stellen rund die Hälfte der Bevölkerung dar und das muss sich auch in Ämtern, Mandaten und Führungspositionen wiederspiegeln. Frauen sind hier unterrepräsentiert. Und nur weil es immer so war, muss das nicht so bleiben. Und nachdem das gesellschaftliche Umdenken nicht von heute auf morgen funktioniert, braucht es eine Quote. Denn bis in Österreich etwas „immer so war" oder einfacher gesagt „zur Selbstverständlichkeit wird", dauert das – für mich viel zu lange. Damit wir die Repräsentanz der Frauen entsprechend erhöhen, brauchen wir verbesserte Rahmenbedingungen die wir teils selbst organisieren können, teils aber von der Politik zur Verfügung gestellt bekommen müssen. Frauenförderung muss bei der neuen Bundesregierung ganz oben auf der Agenda stehen. Hier muss in Österreich noch mehr geschehen, damit auch das partnerschaftliche Miteinander ohne Quote funktioniert. ■



Monika Gabriel
Bundesfrauenvorsitzende der FCG

Mein Auftreten – überzeugend sein im öffentlichen Auftritt!

UNTER DIESEM MOTTO FAND IM HERBST EINE SCHULUNG für das Team der Landesvertretung 3 FCG statt. Karin Petter-Trausznitz zeigte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern nach kurzen Gesprächen sehr rasch einen Spiegel ihrer Persönlichkeit. Bei Auftritten vermittelt man durch die Körpersprache unter anderem Durchsetzungsfähigkeit, Glaubwürdigkeit, Kompetenz und vieles mehr. Und eines war am Ende ganz klar: Man kann andere nur dann überzeugen, wenn man selbst von einer Sache überzeugt ist. ■



Im Bild: v.l.n.r.: *Antje Seidenstricker, Claudia Zinsenbauer, Ingrid Maloku, Birgit Handler, Karl Riml, Karin Petters-Trausznitz, Vors.Stv. Brigitte Diettrich und Vors. Robert Kugler*

FCG-Pensionistinnen- und Pensionisten-Forum



DELEGIERTE AUS GANZ ÖSTERREICH TRAFEN SICH ENDE OKTOBER zum FCG-Pensionistinnen- und Pensionisten-Forum. Kurt Kumhofer wurde mit überwältigender Mehrheit zum neuen Vorsitzenden der FCG-Pensionistinnen und Pensionisten gewählt. Der einstimmig beschlossene Leitantrag beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den Themen Pensionen, Gesundheit und Pflege. Kumhofer betonte in seiner Rede, dass die Agenda der Pensionistinnen und Pensionisten eine sehr umfangreiche sei: „Wir haben auch in den nächsten fünf Jahren viel zu tun, um ein Sprachrohr für unsere Generation zu sein." ■

Im Bild: *Der neu gewählte Vorstand.*

Danke an Franz Hemm!

NACH DEM AUSSCHEIDEN VON AK-VIZEPRÄSIDENT FRANZ HEMM wurde Josef Hager als sein Nachfolger gewählt. Harald Sterle übernimmt die Funktion als Fraktionsvorsitzender in der AK-Niederösterreich. Der Landesvorsitzende der FCG-NÖ, Alfred Schöls, dankte Franz Hemm für seine mehr als 15-jährige Arbeit als Kammerrat und Vizepräsident der niederösterreichischen Arbeiterkammer, die auch zum hohen Ansehen des Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerparlamentes in der Öffentlichkeit beigetragen hat. ■



Im Bild: *NÖAAB-LGF Sandra Kern, Josef Hager, LV Alfred Schöls, Franz Hemm und Harald Sterle*

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Zentralverband der christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Österreichs I Adressverwaltung: FCG-Organisationsbüro, Tel.: 01/401 43-300, E-Mail: borgref@fcg.at I Beide: 1080 Wien, Laudongasse 16 I Web: www.fcg.at I ZVR-Zahl: 938 560 454 I Chefredaktion: Anneliese Rothleitner-Reinisch, MSc

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:
www.fcg.at/impressum